

<https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/oster-urlaub-auf-sylt-sohn-von-verteidigungsministerin-lambrecht-reiste-in-regierungs-hubschrauber/> 10.5.2022

Osterurlaub auf Sylt: Sohn von Verteidigungsministerin Lambrecht reiste in Regierungs-Hubschrauber

Mitte April berichtete Business Insider, dass Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) während der russischen Oster-Offensive in der Ukraine einen Kurzurlaub auf Sylt gemacht hatte.

Nun droht der Urlaub ein politisches Nachspiel zu haben: Nach Informationen von Business Insider flog Lambrechts Sohn mit seiner Mutter mindestens einen Teil der Strecke in einem Regierungshubschrauber. Das Ministerium bestätigt den Mitflug, betont aber, es sei dabei rechtlich alles sauber gelaufen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Lambrecht ihren Sohn in einer Regierungsmaschine mitgenommen hat. Bereits im vorigen Jahr begleitete Alexander Lambrecht sie auf ein EU-Justizministertreffen.

Ein Foto, das der 21-Jährige auf seinem – zumindest bis Montagnachmittag – öffentlichen Instagram-Profil hochgeladen hat, zeigt ihn angeschnallt im Cougar-Regierungshubschrauber (Kosten pro Flugstunde: 5300 Euro).

Alexander Lambrecht, der seine Mutter offenbar häufiger zu öffentlichen Auftritten begleitet, postete das Foto von sich in der Kabine am 15. April. Darunter der Kommentar „Happy Easter“. Im Hintergrund ist die Fassade des Verteidigungsministeriums in Berlin zu erkennen.

<https://www.freiewelt.net/nachricht/schwab-und-guterres-vereinbaren-beschleunigung-der-agenda-2030-10089081/> 6.5.2022

Schwabs neue Weltordnung soll schneller umgesetzt werden

Schwab und Guterres vereinbaren Beschleunigung der Agenda 2030

Die neue Weltordnung nach Vorstellung von Klaus Schwab und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) rückt noch schneller näher. Schwab und UN-Generalsekretär Guterres unterzeichneten eine Vereinbarung zur Beschleunigung der Agenda 2030.

Vor knapp drei Jahren, im Juni 2019, unterzeichneten die damaligen Vertreter des Weltwirtschaftsforums (WEF) und der Vereinten Nationen (UN) die Agenda 2030. Im Großen und Ganzen entsprach diese Agenda fast eins-zu-eins den von Klaus Schwab immer wieder propagierten Zielen und Inhalten seiner neuen Weltordnung. Aktuell haben Schwab für das WEF und Guterres für die UN eine Vereinbarung unterzeichnet, deren Inhalt es ist, die Agenda 2030 noch weiter zu beschleunigen. Der 84-jährige Schwab hat offensichtlich Angst, dass ihm die Zeit davon läuft und er die Transformation der Welt in ein »1984« nach Orwells Vorbild nicht mehr miterlebt.

Diese beiden »Herren« haben im Namen der Menschheit eine Vereinbarung getroffen und sie entsprechend unterzeichnet. Aber: weder Guterres noch Schwab sind von der Menschheit dazu aufgerufen, legitimiert oder auch nur gewählt worden. Schwab hat sich selbst an die Spitze des WEF gesetzt, Guterres kam per Akklamation zum Posten des Generalsekretär der Vereinten Nationen. Keiner von beiden wurde auch nur von einem einzigen Menschen in einem der Staaten der Erde gewählt. Trotzdem besitzen beide die Dreistigkeit, zu behaupten, sie handelten angeblich im Namen der Menschheit und zum Wohle der Menschheit.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/mann-stirbt-nach-polizei-kontrolle-in-mannheim-100.html> 4.5.2022

Debatte um Frage: Medizinischer Notfall oder Polizeigewalt?

Todesfall nach Polizeikontrolle in Mannheim - Jetzt Ermittlungen gegen Polizeibeamte

Nach dem Tod eines 47-Jährigen am Montag nach einer Polizeikontrolle in Mannheim kommt immer mehr Kritik am Einsatz der Polizei auf. Gegen die Einsatzbeamten wird jetzt ermittelt.

Das Landeskriminalamt in Stuttgart (LKA), das die Ermittlungen in diesem Fall übernommen hat, teilte auf SWR-Anfrage am Dienstag mit, zentraler Bestandteil der Ermittlungen sei die Rekonstruktion des gesamten Ablaufs, vor allem die Anwendung des unmittelbaren Zwangs der Polizeibeamten und der Gesundheitszustand des Mannes, der nach dem Polizeieinsatz am Mannheimer Marktplatz im Krankenhaus starb.

Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte wegen des Einsatzes in Mannheim

Am Dienstagnachmittag teilte das LKA mit, dass die Staatsanwaltschaft Mannheim ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden beteiligten Polizeibeamten des Polizeipräsidiums Mannheim wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt mit Todesfolge eingeleitet hat.

Laut LKA ist der Mann am Montagmittag von zwei Polizeibeamten überprüft worden. Zuvor hatte demnach ein Arzt des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) die Polizei alarmiert, weil ein ZI-Patient möglicherweise Hilfe brauche. Dabei handelte es sich um den 47-Jährigen.

Zwei Beamte und der Arzt machten sich auf die Suche nach dem Mann, bis sie ihn in der Mannheimer Innenstadt entdeckten. Als die Polizisten den Mann kontrollieren wollten, habe er Widerstand geleistet, sei von den Beamten überwältigt worden und plötzlich leblos zusammengebrochen. In den sozialen Netzwerken im Internet kursierten später Videos, auf denen zu sehen sein soll, wie ein Beamter auf den Kopf des Mannes einschlägt. Die Polizei Mannheim twitterte dazu am Dienstag: "Natürlich werden LKA und Staatsanwaltschaft auch die diversen Videos zu den weiteren Ermittlungen heranziehen."

<https://norberthaering.de/macht-kontrolle/wien-rom-citizen-wallet/>

Rom und Wien wollen mit Sozialpunkten und Smart City „ein neues Gesellschaftskonzept“ umsetzen

[Hören | 4. 05. 2022 | Die digitalen Pilotprojekte zur hoheitlichen Manipulation des Bürgerhandelns schießen wie Pilze aus dem Boden. Ist es wirklich Zufall, dass neben Bologna und Bayern, annähernd gleichzeitig auch Wien und Rom ihre Bürger mit Sozialpunkten für tugendhaftes Verhalten belohnen wollen und die EU-Kommission im Eiltempo den digitalen Euro auf den Weg bringen will?](#)

Wie üblich sind es die Digitalisierungsbehörden, die das vorantreiben und wie üblich gibt es den Zusammenhang mit einem sogenannten Smart-City-Programm.

Die Digitalisierer der [Stadtverwaltung Roms schreiben](#) zu ihrem Projekt:

Die Citizen Wallet (Bürger-Brieftasche, N.H.) ist eine Belohnungsplattform, die tugendhaftes Verhalten der Stadtnutzer fördert, um die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Stadt im Einklang mit den Zielen der Agenda 2030 zu verbessern.“

Es geht also um Ökologie und Soziales. Und was ist für diejenigen, die Rom zur Smart City machen wollen, ökologisch und sozial verantwortliches Verhalten, das mit Sozialpunkten für Tugendhaftigkeit zu belohnen ist? Für den Anfang ist das:

Die Verwaltungsangestellten nicht zu behelligen und stattdessen Dienst online in Anspruch zu nehmen und danach zu bewerten, und

Tickets für die Metro bargeldlos mit dem überwachungsfreundlichen tap&go-System kaufen.

Im Laufe der Zeit will man natürlich noch andere „tugendhafte“ Verhaltensweisen prämiieren. Für die Punkte bekommt man geldwerte Prämien von der Stadt und von Kooperationspartnern.

Tugendhaft und nachhaltig sind diese Verhaltensweisen, weil sie den römischen Smart City Plan befördern, der angeblich das Nonplusultra in Sachen Lebensqualität und Nachhaltigkeit ist. Das Projekt Roma Smart City, in das das Citizen Wallet eingebettet ist, [wird beschrieben](#) als:

Das Projekt Roma Smart City zielt darauf, die Bedürfnisse und Bedarfe der Stadtnutzer ins Zentrum zu rücken, indem die folgenden Aspekte betont werden: Nachhaltigkeit, Förderung öffentlich-privater Partnerschaften (...), Datenregulierung um Informationen zu teilen, die strategische Entscheidungen leiten.“

Übersetzt: Gewinnmöglichkeiten für die IT-Konzerne schaffen.

<https://www.24hamburg.de/stories/wirt-auf-norderney-erteilt-gerhard-schroeder-hausverbot-aus-prinzip-91524084.html> 7.5.2022

Wirt auf Norderney erteilt Gerhard Schröder Hausverbot: „Aus Prinzip!“

Gerhard Schröder macht Urlaub auf Norderney. Willkommen ist der Altkanzler längst nicht überall: Ein Restaurant erteilt ihm sogar Hausverbot.

Norderney – Das wird Gerhard Schröder seinen – auf nicht wenige völlig unverdient wirkenden – Erholungsurlaub verhageln: Nachdem schon ein [Hotel an der Ostsee Ernst machte mit Hausverbot für Schröder und Putin](#), werden auch seine Ferien in der Nordsee ziemlich ungemütlich für den Altkanzler. Ein beliebter Gastwirt mit regionalem Kult-Brauhaus auf Norderney erteilte dem 78-Jährigen konsequentes Hausverbot für alle seine drei Wirtschaften. Der Grund: [Schröders Nähe zu Russland, weshalb SPD-Politiker bereits seinen Rauswurf fordern](#).

<https://report24.news/us-wahrheitsministerin-will-anderer-leute-tweets-editieren-lassen/> 12.5.2022

US-Wahrheitsministerin will anderer Leute Tweets editieren lassen

Stellen Sie sich vor, Sie twittern etwas, und dann wird Ihre Nachricht von jemand anderem überarbeitet. Zumindest in den Vereinigten Staaten könnte dies bald schon der Fall sein, wenn es nach der neuen US-Wahrheitsministerin Nina Jankowicz geht.

Die politische Linke in den Vereinigten Staaten will nicht nur unliebsame Meinungen und Ansichten einfach wegzensieren und den Konservativen den Mund verbieten. Die neue [US-Wahrheitsministerin](#), Nina Jankowicz, ihrerseits selbst für die Verbreitung von Desinformationen bekannt, will im ideologisch geprägten Kampf gegen „Fake News“ nun auch öffentliche Meinungen verfälschen. In einem neuen Video sagte Jankowicz, dass „vertrauenswürdige Personen“ (wie sie selbst, natürlich) die Macht bekommen sollten, Tweets zu bearbeiten – wie auf Wikipedia beispielsweise.

Jankowicz beteuerte, dass sie dafür in Frage komme, „weil ich verifiziert bin“. Sie beklagte dann die Tatsache, dass es auf Twitter Menschen mit anderen Meinungen als sie gibt, die ebenfalls das blaue Häkchen haben, aber „nicht verifiziert werden sollten“, weil sie „nicht vertrauenswürdig“ seien. So könnten dann „verifizierte Personen Twitter auf die gleiche Art und Weise bearbeiten wie Wikipedia, um bestimmten Tweets Kontext hinzuzufügen“, sagte Jankowicz über ihre Wünsche.

Sie nannte dann das Beispiel von Präsident Trump, der über Wahlbetrug twitterte und behauptete, dies sei unpolitisch. „Jemand könnte Kontext aus einer der 60 Klagen hinzufügen, die vor Gericht verhandelt wurden, oder etwas, das ein Wahlbeamter in einem der Staaten gesagt hat, vielleicht Ihr eigener Außenminister und seine Pressekonferenzen, etwas in der Art“, sagte Jankowicz, die selbst über [dubiose Ukraine-Verbindungen](#) verfügt und in Bezug auf den „Laptop from Hell“ von Hunter Biden Desinformationen verbreitete. „Wir fügen den Kontext hinzu, damit die Leute ein umfassenderes Bild bekommen und nicht nur eine einzelne Behauptung in einem Tweet“, fügte sie hinzu.

<https://t.me/niemeyeroffiziell/1215> 12.5.2022

Ralph T. Niemeyer:

Die Lage spitzt sich zu. Der WHO-Pandemievertrag wird die Impfpflicht einführen und zugleich befinden wir uns seit dieser Woche auch offiziell im Krieg mit Rußland.

Wir können jedoch nicht darauf warten, dass immer mehr Menschenleben ruiniert werden, bis die Gerichte endlich entscheiden. Da es sich bei dem neuen Impfstoff gegen COVID-19 um eine ganz neue Substanz handelt, der gar nicht richtig erforscht wurde, rechnen mehrere Professoren für Deutschland mit mindestens 80.000 zusätzlichen Toten und mehrere Millionen Geschädigten, die ein Leben lang kein normales Leben mehr führen können.

Das darf nicht geschehen.

Wir haben nur noch eine Möglichkeit diesen Wahnsinn noch rechtzeitig zu stoppen, dass wir schnellstens die Rechtslage zu unseren Gunsten ändern. Nach dem Prinzip der Volkssouveränität erhält man mit dem offiziellen Beitritt zu einer Verfassunggebenden Versammlung ab sofort einen besonderen rechtlichen Status. Das würde für Sie bedeuten, wenn Sie der Versammlung offiziell beitreten, müssen Sie sich und Ihre Kinder nicht mehr impfen lassen, denn jedes Mitglied ist von Vorgaben der amtierenden Staatsgewalten unabhängig und auch nicht an Regelungen einer schon bestehenden Rechtslage gebunden. Die Mitglieder einer Verfassungsgebenden Versammlung sind nur noch an den universalen Menschenrechten gebunden. Eine Verfassunggebende Versammlung hat grundsätzlich einen höheren Rang als die auf Grund der erlassenen Verfassung gewählte Volksvertretung. Sie können auch hier darüber ausführlich lesen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Verfassunggebende_Versammlung

Eine Verfassungsgebung ist ausschließlich durch das Volk jederzeit möglich. Ich habe zur Verfassunggebenden Versammlung bereits 1990 aufgerufen und nun ist es soweit, die Verhandlungen aufzunehmen. Machen Sie mit bei diesem historischen Prozeß! Als zweiten Schritt werden wir aus See und Handelsrecht heraustreten und einen Friedensvertrag aushandeln.